

# Niederschrift

über die 3. Sitzung / 16. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 7. Juli 2011.

Sitzungsort: Volkshalle Ehringshausen  
Sitzungsdauer: 19.07 Uhr – 20.24 Uhr

## Anwesend sind:

### a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Dr. Rauber, David -Vorsitzender-
2. Bell, Rainer
3. Bell, Tobias
4. Clößner, Wolfgang
5. Gohl, Timotheus
6. Gombert, Daniel
7. Hedrich, Holger
8. Herbel, Burkhard
9. Jakob, Dirk -bei TOP 4 abwesend; 19.25-19.40 Uhr-
10. Rumpf, Ulrich
11. van Moll, Winfried
12. Wild, Oliver
13. Arch, Stefan
14. Groß, Klaus
15. Henrich, Erhard
16. Hohn, Hans-Ulrich
17. Koch, Sebastian
18. Mock, Gabriele
19. Rau, Petra
20. Dr. Rauber, Kirsten
21. Stopperka, Karin
22. Ullrich, Dieter
23. Gröf, Timo
24. Kuhlmann, Erich
25. Kunz, Hans-Jürgen
26. Schlagbaum, Willibald
27. Schmidt, Gerhard
28. Schweitzer, Martin
29. Rill, Berthold

### b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Beigeordneter Ulrich Diehl
3. Beigeordneter Bernd Heddrich
4. Beigeordneter Joachim Keiner
5. Beigeordneter Werner Krause
6. Beigeordneter Karl-Heinz Naumann
7. Beigeordneter Werner Neu

### c) der Schriftführer:

Daniel Rumpf

### d) von der Gemeindeverwaltung:

Amt 10, Daniel Regel

## 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, den Vertreter der Wetzlarer Neuen Zeitung, Herrn Gerd Heiland, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die erschienenen Zuhörer.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Es wird beantragt den Tagesordnungspunkt (TOP) 5 „Zaunanlage Stadion Ehringshausen“ von der Tagesordnung zu streichen.

Abstimmung: einstimmig

Es wird weiter beantragt nach § 52 I HGO die Öffentlichkeit für den TOP 6 „Grundstücksangelegenheit Nr. 482“ auszuschließen. Diese Entscheidung wird in öffentlicher Sitzung getroffen, da keine besondere Begründung oder Beratung als erforderlich erachtet wird.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 16 Enthaltungen: 2

## 3. Mitteilungen und Anfragen

### 3.1 Mitteilungen

Bürgermeister Mock teilt mit, dass ...

a) ... die Volksbank Mittelhessen die Frequentierung ihrer Filialen überprüft habe und dabei festgestellt wurde, dass die Frequenz der Filiale Kölschhausen 60 % unter dem Schnitt aller Filialen liege. Daher gebe es dort ab dem 01.08.2011 keine personelle Besetzung mehr. Kontoauszugsdrucker sowie Geldautomat stünden allerdings weiterhin dort zur Verfügung. Weiter sei dies keine isolierte Maßnahme, sondern in mehreren weiteren Filialen notwendig geworden.

b)... es in Bezug auf die Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage im Ortseingangsbereich Katzenfurt, Frankfurter Straße, folgenden neuen Sachstand gebe: Seit bereits längerer Zeit habe sich sowohl der Ortsbeirat als auch die Anwohner über die zu hohen gefahrenen Geschwindigkeiten an Ortseingängen im Ortsteil Katzenfurt beklagt. Nun habe die Verwaltung die Errichtung von stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen in diesem Bereich geprüft. Ergebnis sei, dass die Voraussetzung für die Errichtung einer solchen Anlage im Bereich Frankfurter Straße erfüllt worden seien. Für einen weiteren Messplatz in der Siegener Straße habe man allerdings die notwendige Zustimmung der Polizeiakademie in Hessen nicht erhalten (Anmerkung: Nach der Feststellung von Fehlern bei der Bewertung der Daten, wurde auch dieser Standort zwischenzeitlich genehmigt). Für die genehmigte Anlage habe der Gemeindevorstand einen Dienstleistungsvertrag mit der Firma Jenoptik abgeschlossen, der die Modalitäten für die

Aufstellung einer solchen Anlage und verwaltungsmäßige Abwicklung festlegt. Dadurch werde der Gemeinde ermöglicht, hierbei ohne größere Investitionskosten die Aufstellung einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage durchzuführen. Es sei lediglich eine geeignete Aufstellfläche bzw. ein Stromanschluss herzustellen (ca. 1.170,00 € zuzgl. Mehrwertsteuer je Anlage). Ansonsten falle für die Gemeinde zukünftig nur eine sogenannte Fallpauschale mit 5,00 € pro Vorgang bzw. verwertbarem Fall an, der an die Firma Jenoptik abzuführen sei. Die Anlage Frankfurter Straße werde voraussichtlich Mitte August in Betrieb genommen. Die Bevölkerung werde hierüber im Vorfeld über die Presse informiert.

- c) ... in der Sitzung der Gemeindevertretung am 26.05.2011 beschlossen worden sei, eine Teilfläche der gemeindeeigenen Wegefläche in Ehringshausen, Flur 33, Flurstück 174, einzuziehen und an die Firma Feiler zu veräußern.

Die Gemeinde sei in einem Gespräch mit Herrn Grobba vom Hessischen Städte- und Gemeindebund darüber aufgeklärt worden, dass gemeindeeigene Wegeflächen nicht unter das Hessische Straßengesetz fielen und ohne Einzugsverfahren veräußert werden könnten. Allerdings solle vor einem Verkauf der Ortslandwirt gehört werden.

Ein entsprechender Ortstermin mit dem Ortslandwirt Henner Böhm habe am 21.06.2011 stattgefunden. Herr Böhm habe dabei keine Bedenken gegen den Verkauf der Teilwegefläche geäußert, da alle südlich gelegenen landwirtschaftlichen Grundstücke über einen Feldweg entlang der Dill erreichbar seien. Daher werde dieser Teilbereich der Wegefläche zu den von der Gemeindevertretung beschlossenen Bedingungen verkauft.

- d) ... für die Kläranlage Ehringshausen der Jahresauftrag für die Entsorgung und landwirtschaftliche Verwertung des Klärschlammes nach entsprechender Ausschreibung an die Firma Remondis aus Mühlheim vergeben worden sei. Das Auftragsvolumen betrage rund 55.500,00 €. Weiter soll auch in Kölschhausen ein Teil der Klärteiche in diesem Jahr geräumt werden. Dabei werde auch hier der anfallende Klärschlamm landwirtschaftlich verwertet. Die Firma UD Umweltdienste aus Friedberg sei hier günstigster Anbieter gewesen und sei bei einer Auftragssumme von rund 37.000,00 € mit der Entsorgung von rund 120 Tonnen Klärschlamm beauftragt worden.
- e) ... die in diesem Jahr geplanten Neuerlegungen von Wasserleitungen mittlerweile ausgeschrieben, submittiert und beauftragt worden seien. Bei der Maßnahme an der „Chattenhöhe“ in Katzenfurt sei die Firma Küster aus Werdorf mit rund 97.000,00 € der günstigste Anbieter gewesen. Den Auftrag zur Verlegung der Leitungen am „Grünen Platz“ in Greifenthal und zum Hochbehälter in Breitenbach erhalte die Firma Baustra aus Wilnsdorf. Das Submissionsergebnis für den „Grünen Platz“ habe hierbei bei rund 115.000,00 € und für den Hochbehälter Breitenbach bei rund 169.000,00 € gelegen.

### 3.2 Anfragen

- a) Gemeindevertreter Jakob fragt nach dem Sachstand der Errichtung einer Löschwasserkisterne im Bereich der Chattenbergschule in Katzenfurt.

Bürgermeister Mock teilt hierzu mit, dass derzeit noch die Abstimmungen zwischen Lahn-Dill-Kreis und Gemeinde Ehringshausen laufen. Daher sei ein entsprechender Auftrag noch nicht erteilt worden.

- b) Angesichts der sich immer mehr häufenden Vandalismusfälle fragt Gemeindevertreter Kunz an, ob der in der Vergangenheit tagende Präventionsrat noch bestehe.

Bürgermeister Mock teilt hierzu mit, dass dieser nie offiziell aufgelöst worden sei, allerdings in seiner Amtszeit noch nie getagt habe. Wegen einiger aktueller Fälle mache es jedoch Sinn, diesen erneut einzuberufen. Die personelle Besetzung werde ebenso im Vorfeld geprüft.

- c) Gemeindevertreterin Stopperka nimmt Bezug auf die Abtragung der Fahrbahn-  
decke wegen Rohrverlegung der Straße „Chattenhöhe“. Sie fragt an, ob es  
angedacht sei, im Zuge dieser Maßnahme die Straße zu verbreitern.

Bürgermeister Mock erwidert, dass diese lediglich erneuert werde.

- d) Gemeindevertreter Koch fragt an, ob es in Bezug auf die Internetbreitband-  
versorgung Neuigkeiten gebe. Der Presse habe man entnehmen können, dass  
es hierbei auf Kreisebene einen neuen Vorstoß gebe.

Bürgermeister Mock sagt hier zu, dass sich der Gemeindevorstand am  
18.07.2011 mit diesem Thema beschäftigen werde. Zunächst werde man sich  
an der kreisweiten Aktion beteiligen, die zum Inhalt habe herauszufinden, in  
welchen Ortsteilen eine Unterversorgung vorliege. Im ersten Schritt werde also  
in Zusammenarbeit mit dem Lahn-Dill-Kreis zunächst eine Bestandsaufnahme  
über den Status quo erhoben und die zur Abstellung der Mängel notwendigen  
Kosten ermittelt. Daher mache es aus seiner Sicht keinen Sinn, dass die  
Gemeinde Ehringshausen auf eigene Faust entsprechende Maßnahmen  
durchführe.

Gemeindevertreter Jakob fragt an, ob bei einer in der Vergangenheit bereits  
durchgeführten Erhebung entsprechende Lücken entdeckt worden seien.

Bürgermeister Mock bestätigt, dass sich solche gezeigt hätten und es daher  
auch in Ehringshausen Handlungsbedarf gebe.

- e) Gemeindevertreter Schlagbaum gibt an, dass der Ortsbeirat Katzenfurt  
beschlossen habe, den Weg von Katzenfurt nach Greifenthal zu befestigen. In  
diesem Zusammenhang fragt er an, ob entsprechende Mittel eingestellt und eine  
Umsetzung angedacht sei.

Bürgermeister Mock teilt hierzu mit, dass sich damit beschäftigt werde, es  
jedoch noch keine konkreten Umsetzungspläne gebe.

4. **Ortskerngestaltung Ehringshausen;**  
**Abschluss einer Entwicklungsvereinbarung**

Auf die Verwaltungsvorlage wird verwiesen.

Gemäß § 25 HGO hat Gemeindevertreter Jakob während dieses Tagesordnungspunktes den Saal verlassen.

Gemeindevertreter Koch wirbt im Namen seiner Fraktion um Zustimmung zum vorliegenden Beschluss. Aus seiner Sicht stelle die Entwicklungsvereinbarung einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg der Gesamtumsetzung des Projektes dar. Dabei sei die Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der direkten Anwohner, von besonderer Bedeutung. Dies sei durch Bürgerversammlung sowie Wiedereinrichtung des Arbeitskreises zur Ortskernentwicklung zu gewährleisten. Anzustreben sei eine möglichst vollumfängliche Kostenneutralität für die Gemeinde Ehringshausen.

Die Gemeindevertreter Gombert, Kunz und Rill signalisieren im Folgenden ihre Zustimmung zu der vorliegenden Entwicklungsvereinbarung.

Gemeindevertreter Henrich gibt im Folgenden einen historischen Überblick über die Entwicklungen und Prozesse der Vergangenheit, die zur heutigen Sachlage führten. Dabei stellt er die besondere Bedeutung der Errichtung der Osttangente heraus, die es überhaupt erst ermöglicht habe, eine stimmige und umsetzbare Ortskernentwicklung zu gestalten. Ihm sei es besonders wichtig objektiv festzustellen, welche Kosten bei der Umsetzung auf die Gemeinde Ehringshausen zukämen.

Bürgermeister Mock sagt zu, dass eine entsprechende Mitteilung an die Gemeindevertretung erfolgen werde, sobald entsprechende Zahlen vorlägen.

Im Anschluss spricht er der Gemeindevertretung als Ganzem seinen Dank dafür aus, dass diese einer Ortskernentwicklung so offen gegenüberstehe und bereit sei, die notwendigen Schritte vorurteilsfrei mitzugehen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Abschluss der anliegenden Entwicklungsvereinbarung.

Abstimmung: einstimmig

5. **Herstellen eines barrierefreien Zuganges zum Rathaus;**  
**Anträge der Fraktionen von SPD und CDU**

Auf die Verwaltungsvorlage wird verwiesen.

Sowohl Gemeindevertreter Koch, als auch Gemeindevertreter Jakob begrüßen den gemachten Vorschlag, da dieser ebenso wirtschaftlich wie praktikabel sei. Nach kurzfristiger Ausweisung eines Behindertenparkplatzes vor dem Rathaus, sei die Erreichbarkeit der Verwaltung nachhaltig verbessert worden.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, einen Verbindungsweg zwischen dem Polizeiparkplatz und dem Fußweg neben der Kapelle bauen zu lassen, um einen barrierefreien Zugang zum Rathaus für gehbehinderte Rathausbesucher sowie eine Aufstellfläche für die vorgesehene Sitzgruppe zu schaffen.

Die Gemeindevertretung beschließt weiterhin, die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 6.000,00 € im Nachtragshaushalt 2011 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung: einstimmig

6. **Grundstücksangelegenheit Nr. 482**

Auf die Verwaltungsvorlage wird verwiesen.

Gemeindevertreter Bell erläutert die in der Vergangenheit beschlossenen Ziele und Herangehensweisen zur Verwirklichung einer Neuen Mitte Ehringshausens. Kernpunkt dessen sei unbestritten stets gewesen, bei jedem anstehenden Grundstücksverkauf im Bereich das eingeräumte Vorkaufsrecht der Gemeinde zu prüfen und dieses dann gegebenenfalls zu nutzen, wenn dadurch die Handlungsoptionen für das Gesamtprojekt erweitert werden könnten. Der vorliegend zur Diskussion stehende Verkauf eines genau in diesem Bereich und bereits im Gemeindebesitz befindlichen Objektes stehe nach seiner Ansicht in direktem Widerspruch zu der geschilderten Erhaltung bzw. Erweiterung von potenziellen Handlungsoptionen. Trotz stichhaltiger und nachvollziehbarer Beweggründe der Kaufinteressenten, sei es nicht zu vertreten, warum man sich nun von der Bahnhofstraße 58 trennen solle.

Gemeindevertreter Kunz erwidert darauf, dass auch er alle diese Gedankengänge einer Abwägung zugrunde legen würde bzw. er und seine Fraktion dies getan haben. Jedoch habe man die schwerwiegenden Akzente anders gesetzt. So sei es wichtiger bestehende und erwünschte Einzelhandelsgeschäfte zu erhalten, gerade wie im vorliegenden Fall, wenn es das letzte seiner Art dort sei. Um also den Eheleuten Küster Planungs- und Standortsicherheit zu geben und die Versorgung in Ausgeglichenheit zwischen geplantem Großprojekt und bestehenden kleinen Geschäften zu gewährleisten, stimme man dem Verkauf zu.

Auch Gemeindevertreter Rill stimmt dem zu und macht deutlich, dass der Erhalt von den bestehenden Geschäften höher einzuschätzen sei, als das abstrakte Offenhalten von Optionen, was eventuell zu einer Abwanderung führen könne, die so, gerade in der Kerngemeinde, keiner wolle.

Auch Gemeindevertreter Koch stimmt im Namen seiner Fraktion dem Verkauf zu. Weiter kann er darin eine Kollision mit dem Ortskernentwicklungskonzept nicht erkennen. Wichtiger Kernpunkt dessen sei es ja gerade Leerstände zu verhindern und den Ortskern für Gewerbetreibende wieder attraktiver zu machen. Nicht nur neues zu schaffen sei Gebot der Stunde, sondern eben gerade auch bestehendes, gewolltes und funktionierendes zu erhalten.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, das Grundstück Bahnhofstraße 58 (Flur 15, Flurstück 40/3) mit einer Größe von 570 m<sup>2</sup> zum Preis von 205.000,00 € an die Eheleute Tatjana und Dieter Küster zu veräußern. Kostenträger der Umschreibung ist der Käufer.

Abstimmung: mehrheitlich zugestimmt

7. **Erhöhung der Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer;**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 20.05.2011**

Auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 20.05.2011 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Gohl spricht sich gegen die Sinnhaftigkeit von festinstallierten Blitzgeräten aus. Doch wenn diese, wie im vorliegenden Falle, schon aufgestellt würden, so solle das damit eingenommene Geld zumindest sinnvoll verwandt werden. Nach entsprechender Beratung sehe man daher die Zweckbindung der Gelder an die Verbesserung der Verkehrssicherheit in allen Ortsteilen als beste Möglichkeit.

Gemeindevertreter Kunz macht deutlich, dass er die Einrichtung einer neuen entsprechenden Kostenstelle im Haushalt 2012 derzeit nicht für notwendig erachte. Man solle zunächst abwarten, welche Wirkungen die Anlage habe bzw. welches Einnahmeaufkommen erzeugt werde. Grundsätzlich stellt er klar, dass er nicht verstehen könne, wie im Plenum in der Vergangenheit stets nach einer Verbesserung der Verkehrssicherheit gerufen worden sei und nun dieses Instrument abgelehnt werden könne. Es sei darin kein „Abzockegedanke“ verborgen, sondern ausschließlich der Wille im Sinne der Sicherheit die gefahrenen Tempowerte zu senken.

Gemeindevertreterin Rauber bemängelt die ihrer Ansicht nach fehlende Konkretetheit des Antrages. Im besten Falle sei das Einnahmeaufkommen der Anlage bei 0 Euro und daher nicht per se als Quelle zur Finanzierung von Verkehrsmaßnahmen zu nutzen. Um diese offenen Fragen zu klären befürwortet sie eine Verweisung an die Ausschüsse.

Gemeindevertreter Jakob bestätigt, dass natürlich im besten Falle das Einnahmeaufkommen bei null liege, man jedoch unter Hinzuziehung des gebotenen Realismus von Einnahmen ausgehen könne. Diese Gelder könne man zum Beispiel zur Finanzierung von Projekten nutzen, von denen man wisse, dass diese nur unter Beteiligung der Gemeinde eine Realisierung erfahren würden. Einer Verweisung an die Ausschüsse zur Erläuterung dieser Gedanken, stimme er zu.

Gemeindevertreter Rill bezweifelt die positive Bedeutung, die sowohl ein fest installierter „Blitzer“ als auch das mobile Messgerät der Gemeinde habe. Geschwindigkeitsmessungen durch die Polizei seien zu bevorzugen, da sie kostenneutral, mobil und flexibel seien.

Gemeindevertreter Henrich zeigt auf, dass explizit auch im Hinblick auf die Sicherheit von Kindern ein „Blitzer“ sehr wohl positive Effekte auf die Sicherheit, gerade im Einzugsbereich von Kindergärten, habe. Weiter mache eine automatische Zweckbindung von derartigen Einnahmen keinen Sinn. Zweckmäßige Maßnahmen könnten und sollten nach vorhergehender Prüfung aus dem normalen Haushalt

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Antrag der CDU-Fraktion vom 20.05.2011 betreffend Erhöhung der Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer an die Fachausschüsse zu verweisen.

Abstimmung: einstimmig

8. **Standortprüfung zur Ausweisung von Windkraftanlagen**  
**Antrag der FWG-Fraktion vom 14.06.2011**

Auf den Antrag der FWG-Fraktion vom 14.06.2011 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Kunz erläutert den Inhalt des Antrages und dessen Zielsetzung.

Bürgermeister Mock teilt im Zusammenhang mit, dass in einem kürzlichen Bürgermeistertreffen auch über dieses Thema gesprochen wurde. Der anwesende Sachbearbeiter des Regierungspräsidiums (RP) erläuterte dort die entsprechenden Möglichkeiten, die der Regionalplan böte. Im Bereich Ehringshausen sei die Errichtung von Windkraftanlagen wegen mehrerer Faktoren kritisch zu betrachten. Außerdem sei erst im November 2011 eine neue Windpotenzialanalyse des RPs spruchreif, weswegen derzeit von keiner abschließenden Einschätzung ausgegangen werden könne. Prinzipiell rate man die Bildung von Kooperationen zwischen mehreren Kommunen an, um die zu erbringenden Lasten zu teilen.

Gemeindevertreter Jakob bittet darum nach Vorlage der Analyse unvoreingenommen im gesamten Gemeindegebiet nach potenziell denkbaren Standorten zu suchen. Weiter macht er darauf aufmerksam, dass die Förderungen für Binnenanlagen rückläufig sei und man gesamtdeutsch eher auf Offshoreanlagen setzen werde.

Im Anschluss wird über denkbare, alternative Wege diskutiert. So könne darüber nachgedacht werden die Nutzung von Photovoltaikanlagen, auch auf kommunalen Gebäuden, über bestehende Projekte hinaus, weiter zu fördern. Bürgermeister Mock erklärt im Zusammenhang, dass generell bereits überdacht werde, welche erneuerbaren Energien in verschiedenen Umsetzungsversionen in Ehringshausen realisierbar seien.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Antrag der FWG-Fraktion vom 14.06.2011 betreffend Standortprüfung zur Ausweisung von Windkraftanlagen an den Gemeindevorstand zu verweisen.

Abstimmung: einstimmig



9. **Errichtung eines Autohofes (Machbarkeit)**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 21.06.2011**

Auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 21.06.2011 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Jakob ruft in Erinnerung, dass das Thema Autohof an der BAB 45 in der Vergangenheit an vielschichtigen Problemstellungen gescheitert sei. Nun habe es bereits Vorgespräche mit Teilen des Gemeindevorstandes gegeben, die zeigten, dass ein Investor an der Errichtung einer solchen Anlage interessiert sei. Der Gemeindevorstand solle nun den Prüfauftrag erhalten, um insbesondere die folgenden Stichworte zu eruieren: Machbarkeit, Kostenlast, Refinanzierung, Umweltverträglichkeit, Planungsrechtliches sowie Verkehrsanbindung. Im Zusammenhang erläutert er, dass der ADAC beispielsweise ermittelt habe, dass derzeit ein zusätzlicher Bedarf von rund 7000 Parkplätzen offen stehe. Weiter sei zu berücksichtigen, dass ein solcher Autohof circa 40 bis 60 Arbeitsplätze, gerade im Geringverdienersegment, bedeuten könne. Im Lichte dessen sei eine Umsetzung des Projektes, so machbar, erstrebenswert.

Gemeindevertreter Koch gibt zu bedenken, dass seiner Erinnerung nach die gravierendste Problemstellung in der beschriebenen Ablehnung in der Vergangenheit die topographische Lage gewesen sei. Da diese unverändert bestehe, erkenne er nicht vollends den Sinn dieses neuen Versuchs. Seine Fraktion stehe einem Prüfauftrag allerdings nicht im Wege, da sich Regelungen bzw. Entscheidungsprozesse zwischenzeitlich geändert haben könnten. Jedoch weist er darauf hin, dass auch Prüfaufträge die Kapazitäten der Verwaltung maßgeblich beanspruchten und man sich also ganz allgemein Gedanken machen müsse, welche derartigen Aufträge man erteile und ob diese ausreichend gerechtfertigt seien.

Gemeindevertreter Kunz macht deutlich, dass man einer erneuten Machbarkeitsprüfung zustimmen könne, sich die Frage nach einer tatsächlichen Umsetzung aber derzeit gar nicht stelle. Diese Diskussion müsse sich erst an eine positive Bewertung anschließen, sofern eine solche denn überhaupt erfolge.

Bürgermeister Mock stellt abschließend klar, dass auch er sich entsinne, dass die Anbindung des Areals in der Vergangenheit zum Verwerfen der Pläne geführt habe und dass die angesprochenen Vorgespräche des Gemeindevorstandes keinen offiziellen Charakter gehabt haben und man bei entsprechendem Beschluss den angesprochenen Prüfauftrag unvoreingenommen umsetzen werde.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Antrag der CDU-Fraktion vom 21.06.2011 betreffend der Machbarkeit zur Errichtung eines Autohofes an den Gemeindevorstand zu verweisen.

Abstimmung: einstimmig